

# Bürokratie aufblähen will

Je mehr Fachstellen, desto besser für die Menschenrechte – meint der Bundesrat und verlangt nach einer neuen Institution



Paul Widmer

Die Schweiz soll eine nationale Menschenrechtsinstitution erhalten. Der Bundesrat schickte Ende Juni auf Vorschlag der Bundesräte Sommaruga und Burkhalter eine Vorlage in die Vernehmlassung. Der neuen Bürokratie soll laut Medienmitteilung grosse Bedeutung bei der Durchsetzung der Menschenrechte in der Schweiz zukommen. Grosse Bedeutung? Sonderbar. Steht es denn um die Menschenrechte in der Schweiz so schlecht?

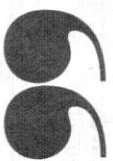
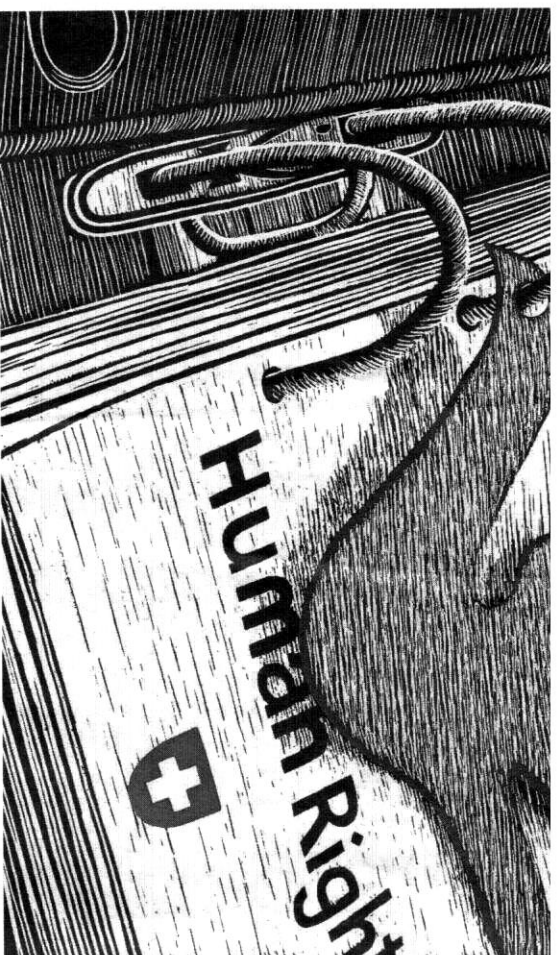
Die Uno empfahl vor beinahe 25 Jahren ihren Mitgliedern, eine regierungsunabhängige Stelle zum Schutz der Menschenrechte zu schaffen. Viele Staaten kamen der Empfehlung nach. Die meisten begnügten sich mit einer leichten Variante in Form eines Ombudsmanns, etwa Spanien und Russland, oder mit einer Kommission wie Frankreich und Grossbritannien. Andere verzichteten ganz darauf, so die USA, Italien oder die Schweiz. Nun möchte der Bundesrat dem Druck von Nichtregierungsorganisationen (NGO) nachgeben und in den wohligen

Mainstream einschwenken, dazu noch mit einer teuren Variante.

Im Jahr 2009 meinte die Landesbehörde, es sei «zu früh» für eine solche Institution. Jetzt soll die Zeit reif sein. Was hat sich in der Zwischenzeit geändert? Nicht viel. Der Bundesrat verfolgte lediglich eine Salamiaktik. Im Jahr 2011 hiess er ein Pilotprojekt, genannt «Kompetenzzentrum für Menschenrechte», gut. Dieses läuft nun aus. Es betreibt eine informative «NGO-Plattform Menschenrechte». Aber es verfolgte auch eine eigene Agenda. Wer auf der Plattform Informationen über den Vorrang des Völkerrechts sucht, findet viel, wer etwas über den Vorrang der Verfassung wissen möchte, nichts. Objektive Information sähe anders aus.

Tatsache ist: Wir brauchen gar keine neue Institution. Die Menschenrechtsbilanz in der Schweiz ist selbst nach Ansicht des Kompetenzzentrums im internationalen Vergleich «relativ gut». Eine neue Stelle ist so überflüssig wie das fünfte Rad am Wagen. Den Informationsauftrag könnte die Bundesverwaltung mit ihren gut dotierten Menschenrechtsstäben problemlos bewältigen. Und wenn es in der Schweiz zu Menschenrechtsverletzungen kommt? Dann steht heute anders als vor 25 Jahren – der verwaltungsunabhängige Weg nach Strassburg offen.

Wo liegt also das Problem? Laut den NGO in der Einstellungsphase. Die Schweizer hätten ein nur mangelhaft ausgeprägtes Menschenrechtsbewusstsein, heisst es. Die Aktivisten



Die Aktivisten fühlen sich darum verpflichtet, den Leuten das richtige Bewusstsein einzupflanzen. Mit Lobbying.

fühlen sich darum verpflichtet, den Leuten das richtige Bewusstsein einzupflanzen. Mit Lobbying. Der Bundesrat beantragt, eine neue Institution, die faktisch eine *pressure group* sein wird, jährlich mit einer Million Franken an Steuergeldern zu finanzieren. Wozu? Um unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung zu schwächen, um die Wirtschaft mit neuen Vorschriften zu umgarnen.

Eine neue Institution würde in der kommenden Debatte über die Konzernverantwortungsinitiative eindeutig gegen die Wirtschaft und für neue Kontrollmechanismen argumentieren, und sie wird jenen Aufwind geben, die hartnäckig eine Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta erzwingen wollen, obschon das Parlament diese Forderung schon mehrmals abgewiesen hat. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Aber bitte ohne Steuergelder. Unsere Bürgerschaft verlangt gleich lange Spiesse – und nicht staatlichen Support für eine Seite.

Eine neue Institution wird nichts zur Verbesserung der Menschenrechte in der Welt beitragen, aber die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Schweiz auf unfaire Weise anheizen. Die Vorlage des Bundesrates ist nicht nur unnützlich, sie ist schädlich. Damit versucht man die Stimmbürger zu gängeln. Am besten versenkt man die Vorlage schon in der Vernehmlassung.

Paul Widmer ist alt, Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.